

EDUCATION

KINDERSCHUTZ

Wenn Lehrkräfte Grenzen überschreiten

Tessie Jakobs

Wird zurzeit ausreichend gegen Machtmissbrauch durch Lehrkräfte getan? Diese Frage stellt sich seit dem Belästigungsfall im LCD umso dringender. Zusätzliche Maßnahmen werden aktuell zwar diskutiert, ihre Umsetzung lässt jedoch auf sich warten.

Der Fall um einen Lehrer im Diekircher Gymnasium (LCD), der bereits vor acht Jahren Schüler*innen belästigt haben soll und erst kürzlich suspendiert wurde, wirft Fragen auf: Wie konnte es dazu kommen? Wird zurzeit das Nötige getan, um Missbrauch durch Lehrkräfte vorzubeugen? Gibt es für Betroffene angemessene Anlaufstellen?

Mit solchen und ähnlichen Fragen richteten sich letzte Woche zwei ehemalige LCD-Schülerinnen an das Bildungsministerium sowie die Direktion des LCD. In einem offenen Brief forderten sie, die Vorwürfe schnell und transparent aufzuarbeiten. Mit den Vorwürfen meinen sie nicht nur die gegen den suspendierten Lehrer, sondern auch gegen jene, die „nicht schnell genug, den Vorwürfen angepasst, gehandelt haben“. Immerhin, so die Autorinnen, handele es sich hier nicht um einen Einzelfall: „Et ginn aner Fäll am LCD, wou Schüler a Schülerinnen sech duerch Proffe mal à l'aise gefillt hunn, an et ginn aner Fäll an anere Schoulen an dat ëmmer an ëmmer erëm.“

Neben einer Aufarbeitung fordern die Autorinnen außerdem die Sensibilisierung von Kindern, Eltern und Lehrkräften, „damit alle Jugendlichen und Erwachsenen jede Belästigung erkennen als das, was sie ist: eine Grenzüberschreitung“. Es sei nicht hinnehmbar, dass Schüler*innen sich nicht trauten, Vorfälle zu melden, aus Angst, nicht ernst genommen zu werden. Im Brief geht von einem Vertrauensverlust die Rede, den dieser Vorfall zur Folge gehabt habe und den es nun zu bewältigen gelte.

In einem Schreiben, das der woxx vorliegt, richtete sich Direktor Marcel Kramer am vergangenen Freitag an die Schulgemeinschaft des LCD. Ob es sich dabei um eine Reaktion auf den offenen Brief handelt, geht aus dem Text nicht hervor. Man nehme die Beschwerden von Schüler*innen ernst und verurteile jede Form von Belästigung, heißt es darin. Anschließend gibt Kramer eine chronologische Übersicht der Geschehnisse: Am 20. Februar 2020 habe eine Schülerin ihm berichtet, von einem Lehrer belästigt worden zu sein. „Après vérification et appréciation des faits“ habe er dem Beschuldigten noch am selben Tag eine schriftliche Verwarnung zukommen lassen. Über ein Jahr später, Mitte März 2021, sei die Direktion auf eine geschlossene Instagram-Gruppe aufmerksam gemacht worden, in welcher weitere Vorwürfe gegen besagten Lehrer geäußert wurden. Die Direkti-

on habe anschließend den Commissaire du gouvernement aux affaires disciplinaires eingeschaltet.

Seit die Suspendierung am 21. März bekannt geworden war, hatte die Direktion des LCD mit Verweis auf das laufende Instruktionsverfahren geschwiegen. Bei Presseanfragen empfahl sie, sich an das Bildungsministerium (MENJE) zu wenden. Von der woxx nach Details gefragt, verwies dieses wiederum auf die Schulautonomie: „D'Ordres de justification u Memberen vum Schoulpersonal sinn en Element vun der Gestion du personnel, déi dem Chef d'administration, also der Schouldirektioun ënnerläit.“ Dass es immer wieder zu solchen und ähnlichen Vorfällen kommt, könne das MENJE nicht bestätigen. Disziplinarische Verfahren würden zwar vom Ministerium behandelt, ohne aber kategorisiert zu werden. Demnach verfüge das Bildungsministerium über keinerlei Statistiken bezüglich Belästigungsfällen durch Lehrkräfte. Es plane auch nicht, eine entsprechende Studie in Auftrag zu geben. Klarheit darüber, wie viele Schüler*innen sich im Laufe ihrer Schulkarriere von Lehrkräften bedrängt, belästigt, gemobbt oder herabgewürdigt gefühlt haben, wird es also vorerst nicht geben; eine Einschätzung des Ausmaßes des Problems gestaltet sich schwierig.

Auf unsere Frage, ob zurzeit genug gegen Belästigung durch Lehrkräfte

getan werde, reagiert das MENJE mit einer Auflistung: 2018 wurde der Leitfaden „Kindesmisshandlung - Leitfaden in der Kinder- und Jugendbetreuung“ von Bildungs-, Gesundheits- und Justizministerium herausgegeben und an alle Lehrkräfte verschickt; eine weitere Broschüre mit dem Titel Référentiel concernant la protection des mineurs contre les violences wurde 2017 von Ecpat Luxemburg, Ombudscomité fir d'Rechter vum Kand (Okaju) und Association luxembourgeoise de pédiatrie sociale (Alupse) ausgearbeitet. In der E-Mail vom MENJE folgen Verweise auf verpflichtende Kurse zur luxemburgischen Rechtslage, die angehende Lehrkräfte während ihres Referendariats absolvieren müssen, sowie auf optionale Weiterbildungsangebote des Institut de Formation de l'Éducation Nationale (IFEN) in puncto Mobbing, Belästigung, Sexting, gewaltfreie Kommunikation, Schülerzufriedenheit und Beziehungsförderung. Erwähnt wird zudem die Journée d'Etude „Éléments d'une culture d'entreprise qui protège les enfants contre l'abus sexuel dans le cadre professionnel“, die 2019 in Zusammenarbeit mit Ecpat organisiert wurde. „D'Gewaltprävention ass e wichtegt Uleies vum Ministère an hëllt am schouleschen Ëmfeld eng wichteg Platz an, souwuel beim Léierpersonal ewéi och beim Erzieherpersonal vum de SePAS (Service psycho-social et d'accompagnement

EDUCATION

scolaires) an den SSE (Service socio-éducatif)", heißt es abschließend vonseiten des Ministeriums.

Fest steht: Keine dieser Maßnahmen konnte besagten Vorfall im LCD verhindern oder die Reaktion darauf beschleunigen. Die beiden Autorinnen des offenen Briefes sind längst nicht die einzigen, die in den letzten Wochen auf ein besorgniserregendes Ausmaß des Problems hingedeutet haben. Sowohl im Lëtzebuerger Journal als auch im Tageblatt wurden gegenwärtige und ehemalige LCD-Schülerinnen zitiert, die davon berichten, ebenfalls vom suspendierten Lehrer belästigt worden zu sein, jedoch wenig Gehör fanden oder sich schlicht nicht trauten, etwas zu sagen.

Strukturelle Ursachen

Bei solchen Vorfällen auf Broschüren und Fortbildungen zu verweisen, deutet auf ein zu kurz greifendes Verständnis der Problematik hin. In einer Stellungnahme hatte der beschuldigte Lehrer erklärt, bei seinem Umgang mit Schülerinnen nur „freundschaftliche Intentionen“ gehabt zu haben. Es sei ihm zu keinem Moment bewusst gewesen, dass es sich bei seinem Verhalten um Belästigung handele. „Je dois malheureusement constater que leur perception n'était pas la même et que je donnais l'impression d'insister et de m'imposer et que tout cela a créé un profond malaise, ce dont je suis profondément désolé.“

„Ich kann diesen spezifischen Fall nicht beurteilen, es ist jedoch durch-

aus möglich, dass sich der suspendierte Lehrer seiner Tat nicht bewusst war“, erklärt Nathalie Keipes, Direktorin vom Centre psycho-social et d'accompagnement scolaires (Cepas) der woxx gegenüber. Das könne persönliche Ursachen haben, aber auch strukturelle. So würden Institutionen wie die Schule, in der Autorität eine wichtige Rolle spielt und strukturell verankert ist, einen gefährlichen Nährboden für potenziellen Missbrauch gegenüber Kindern bieten. „Wer tagtäglich in einer solchen Kultur badet, kann Jahre brauchen, um das eigene Verhalten als problematisch wahrzunehmen“, schätzt Keipes. Auch Genderaspekte könnten eine Rolle spielen: „Männer neigen eher dazu, sich solche Freiheiten herauszunehmen und Grenzen anderer zu überschreiten.“ Fälle wie der im LCD ereigneten sich in der Regel in einem ganz spezifischen Umfeld, und zwar dort, wo zwischen dem Belästiger und dem Opfer eine affektive Bindung sowie ein ungleiches Machtverhältnis bestehe.

Danach gefragt, ob zurzeit ausreichend getan werde, um Fälle wie die im LCD zu verhindern, verweist Keipes auf die Gesetzeslage. Dieser zufolge müsse die Staatsanwaltschaft bei jedem Verdacht auf Missbrauch eingeschaltet werden. „Man macht sich also strafbar, wenn man etwas weiß, ohne es aber weiterzugeben.“ Zudem würden im öffentlichen Dienst sowohl Mobbing als auch sexuelle Belästigung als Infraction definiert. In einem solchen Fall müsse umgehend

der Commissaire du gouvernement aux affaires disciplinaires eingeschaltet werden. Bei Zweifeln könne diese Instanz eine Einschätzung geben, ob es sich um eine Straftat handelt, die an die Staatsanwaltschaft weitergegeben werden muss.

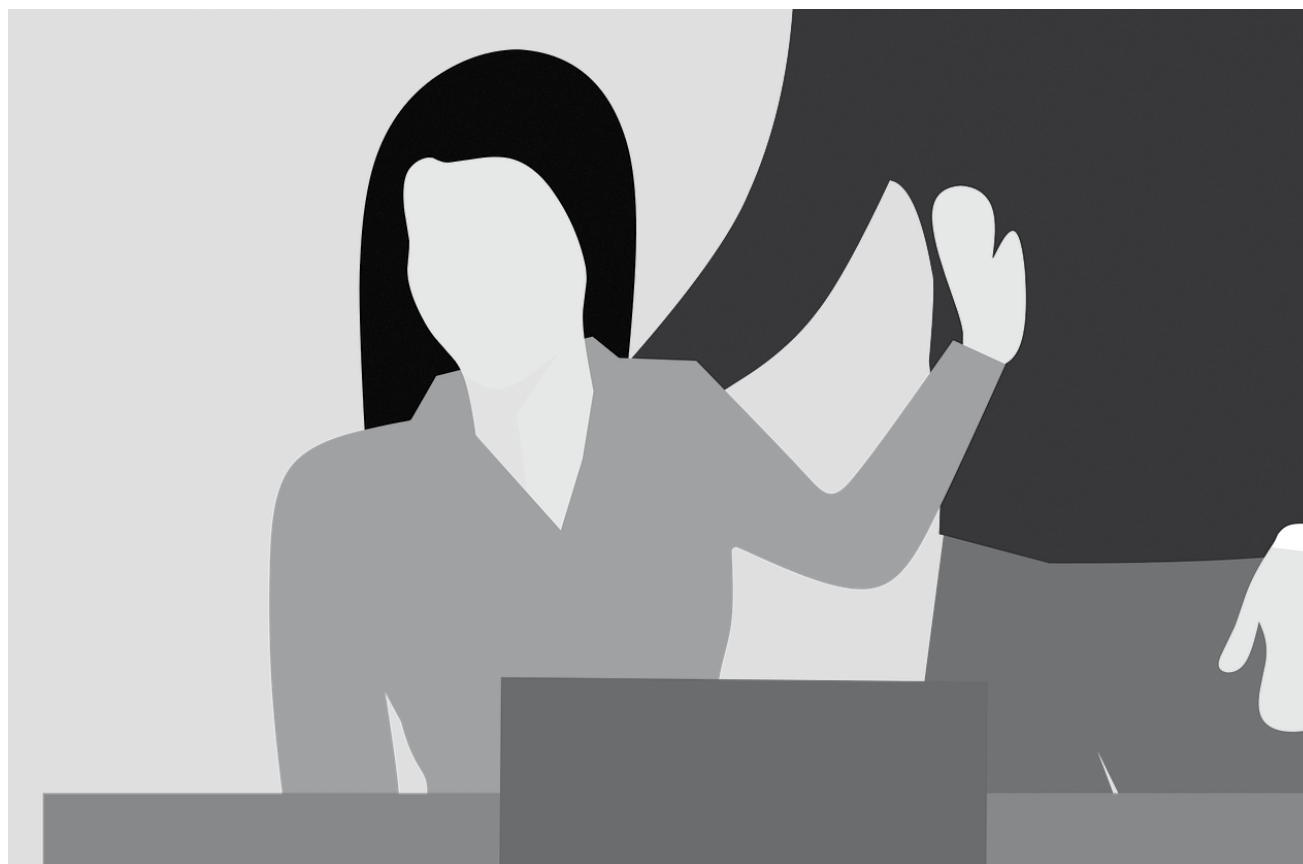
In seiner E-Mail an die woxx hatte das MENJE darauf hingewiesen, die Schuldirektionen in einem Schreiben an diese Prozeduren erinnern zu wollen. Der Schritt wurde vom Ministerium nicht weiter begründet. Wer jedoch eine Erinnerung als notwendig empfindet, geht davon aus, dass zurzeit nicht immer regelkonform gehandelt wird. Nach seiner diesbezüglichen Einschätzung gefragt, hatte Charel Schmit, Ombudsman für Kinder und Jugendliche, dem Lëtzebuerger Journal gegenüber behauptet, Beschwerden würden „in den meisten Fällen ernst genommen“. Das klingt erst mal so, als wäre alles gar nicht so schlimm und der Handlungsbedarf gering. Im Gespräch mit der woxx präzisiert Schmit: „Ich muss davon ausgehen, dass die Schuldirektionen die Problematik mit der nötigen Sensibilität behandeln. Etwas anderes zu vermuten, käme einem Generalverdacht gleich.“ Da es nicht oft vorkomme, dass sich ein Kind mit einer solchen Beschwerde an den Okaju wende, könne das Ausmaß nur schwer eingeschätzt werden. Er könne sich aber vorstellen, dass der Bedarf nach zusätzlichen Sensibilisierungs- und Beratungsmaßnahmen groß sei. Was für Schmit zudem feststeht, ist, dass sich die Sensibilitäten geändert ha-

ben: „Dinge, die vor Jahren noch keine Fragen aufgeworfen haben, werden mittlerweile nicht mehr toleriert. Dieser gesellschaftliche Wandel ist unaufhaltsam und ist unbedingt zu unterstützen.“

Diese Ansicht teilt auch Nathalie Keipes, die vermutet, dass die zunehmenden Wortmeldungen von Opfern auch mit der MeToo-Debatte zusammenhängen. „Es bewegt sich etwas. Trotzdem ist es eine Problematik, der wir uns verstärkt annehmen müssen.“ Die Fälle, die jetzt bekannt werden, würden auf den großen Bedarf nach einer breiten Diskussion rund um Autorität, Gender und Sexualität hindeuten. Nach wie vor bleibe es wichtig, Schüler*innen dabei zu helfen, Grenzüberschreitungen zu erkennen, gerade auch, wenn sie von Autoritätspersonen ausgehen. Gleichzeitig müssten niederschwellige Möglichkeiten geschaffen werden, um Fälle melden zu können. Dass Schüler*innen Mut zeigten, dürfe kein Kriterium sein, um Hilfe zu bekommen. Zurzeit biete einzig das Kanner-Jugendtelefon die Möglichkeit, anonym mit Psycholog*innen zu sprechen. Eine Videokampagne mit den Schülerkomitees sei in Ausarbeitung, um Schüler*innen auf Hilfsangebote aufmerksam zu machen. Doch auch das Cepas arbeite zurzeit daran, die Zugänglichkeit der Sepas in den Schulen zu erhöhen.

Wie unter anderem an Initiativen wie „Schüler géint de Sepas“ deutlich wird, stehen jedoch nicht wenige Jugendliche dieser Instanz kritisch gegenüber. Auf der entsprechenden

Grenzüberschreitungen durch Lehrkräfte können von unangenehmen Bemerkungen bis hin zu sexualisierter Gewalt reichen.



MOHAMED HASSAN/PIXABAY

Instagram-Seite beschwerten sich Betroffene etwa darüber, dass Gespräche mit Schulpsycholog*innen nicht vertraulich behandelt worden seien. Die Initiative ist auch Nathalie Keipes bekannt. „Wir waren über die dort gemachten Aussagen schockiert und wir nehmen die Beschwerden sehr ernst.“ Sie, Keipes, könne garantieren, dass in jeder Sepas-Stelle deontologische Prinzipien eingehalten würden. Im Schulkontext sei es jedoch unvermeidbar, dass Schulpsycholog*innen Informationen über Schüler*innen weiter kommunizieren, etwa im Rahmen des Klassenrats. Dies geschehe stets im Respekt der Interessen der Schüler*innen. „Was aber nicht passieren darf, ist, dass Lehrkräfte solche Informationen ausnutzen.“ Es sei deshalb unerlässlich, dass die gesamte Schulgemeinschaft ein Verständnis für die Vertraulichkeit solcher Informationen teile.

Prävention, Reaktion, Mediation

Seit Jahren schon fordert das Okaju ein intrainstitutionelles Beschwerdemanagement-System in Strukturen für Kinder und Jugendliche, also auch in den Schulen. An dieses könnten sich sowohl Jugendliche wie auch Erwachsene richten, um professionelle Praktiken zu melden, die Unwohlsein auslösen oder sogar im Widerspruch zu den Kinderrechten stehen. Im Gespräch mit der woxx erklärt Charel Schmit, Direktor des Okaju, den Vorteil sogenannter „Child Protection Officers“. Viele Schulen verfügten zwar

über eine Charta, es mangle jedoch an Prozeduren, um deren konsequente Einhaltung zu gewährleisten, so Schmits Einschätzung. Ziel dabei sei keineswegs, Meldefälle zu verringern oder jemandem seine Berufsverantwortung abzunehmen. Vielmehr gehe es darum, eine Instanz bereitzustellen, die einerseits bei konkreten Fällen eine Einschätzung gibt oder gegebenenfalls zwischen den Parteien vermittelt, andererseits aber auch hilft, eine allgemeine Feedbackkultur sowie gewaltfreie, respektvolle Kommunikation innerhalb einer Institution zu fördern. Die entsprechende Person müsse jedem Kind und jedem Erwachsenen in der Institution bekannt sei, im Sinne einer gendersensiblen Herangehensweise müsste es sich idealerweise um zwei Personen, einen Mann und eine Frau, handeln. Er, Schmit, könne sich vorstellen ein Child-Protection-Team pro Schulregion oder auch pro größerem Campus wie etwa dem Geeseknäppchen vorzusehen.

Eine Mediation solle nur in ganz spezifischen Fällen angestrebt werden. „Das geht natürlich nicht bei Grooming, Sexting, Mobbing oder anderen Straftaten, die ohne Umschweife an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet werden müssen. Eine Vermittlung ist stattdessen sinnvoll, wenn Kommunikationsprozesse aus dem Ruder gelaufen sind und Konflikte sich hochgeschaukelt haben.“ Vieles im Bereich der Kommunikation sei nicht unbedingt strafrechtlich relevant, so Schmit, auch eine ironische Be-

merkung könne von einem Schüler als verletzend empfunden werden. Schmit spricht diesbezüglich von „violences éducatives ordinaires“ - Formen von Gewalt, die harmloser wirken als sie es sind. „Jede Schule muss ein Klima schaffen, in dem Schüler in einem solchen Fall 'Stop, ich will das nicht' sagen können und das dann auch respektiert wird“, fasst Schmit das Anliegen des Okaju zusammen. Ein Kind dürfe nicht fürchten müssen, dass eine Grenzziehung negative Folgen für es haben könnte.

Das Konzept der „Child Protection Officers“ sei an das „Dispositiv der Förderung der Bientraitance“ angelehnt, das 2013 von den Organisationen Caritas, Elisabeth, Arcus und Croix-Rouge ins Leben gerufen wurde. Ziel davon ist die Förderung eines respektvollen, konstruktiven und gewaltfreien Umgangs in Betrieben und Institutionen. Neben Fortbildungen kann dazu auch eine „Déléguée à la bientraitance“ zum Einsatz kommen, der*die alle Akteure bei Bedarf beraten und begleiten kann. Sowohl Okaju als auch MENJE bestätigten uns, dass zurzeit über die Implementierung eines solchen Postens diskutiert werde. In einem ersten Schritt, so Schmit, müssten die Aufgabenbereiche und das erforderliche Profil eines solchen „Child Protection Officer“ festgelegt werden. Für Schmit liegt es auf der Hand, dass Personen aus dem sozialen, medizinischen oder auch juristischen Bereich für einen solchen Posten in Frage kämen. Die Ausarbeitung eines Angebots an spezialisier-

ten Fortbildungen sei unerlässlich. Anschließend müsse das Modell in Form eines Pilotprojekts an mehreren Schulen getestet werden. In diesem Kontext, so Schmit, sei es auch wichtig zu klären, inwieweit die Sepas-Stellen den „Child Protection Officer“ in seiner Mission unterstützen können. Ob diese etwa zusätzliche Autonomie erhalten müssten.

Langfristig bahnen sich also Änderungen an. Kurzfristig ist aber vorerst wichtig, welche Schlüsse das LCD aus dem Fall zieht. Eine offizielle Stellungnahme blieb bisher aus. Aus oben zitiertem internen Brief geht jedoch hervor, dass eine Arbeitsgruppe damit beauftragt worden ist, eine „stratégie de bienveillance“ für das LCD auszuarbeiten, um sicherzustellen, dass sich ein solcher Fall nicht wiederholt: „Des structures claires et des démarches transparentes seront mises au point en collaboration avec nos partenaires scolaires internes tels que le comité des élèves et l'association des parents et des institutions externes tels que le MENJE, l'Okaju ou l'Unicef.“ Abschließend werden die Adressat*innen aufgerufen, etwaige Bemerkungen und Beschwerden an die Direktion zu kommunizieren.

Man kann nur hoffen, dass die aktuellen Bemühungen Früchte tragen werden.